

Aufruf des CDU-Präsidiums – Entscheidung für Deutschland

Nur noch zwanzig Tage trennen uns von der Bundestagswahl. Am 16. Oktober geht es um Deutschland. Die Menschen setzen auf Sicherheit, Stabilität und klare Orientierung. Sie wollen, daß es weiter aufwärts geht. Dafür stehen Helmut Kohl und die Union.

Die Bundestagswahl ist noch nicht entschieden. Es kann ganz knapp werden. Denn es besteht die Gefahr, daß sich viele Wähler zu sicher fühlen und nicht zur Wahl gehen. Dann könnte es am 16. Oktober ein böses Erwachen geben: Mit einer parlamentarischen Mehrheit von SPD, Grünen und kommunistischer PDS würde sich unser Land in eine andere Republik verwandeln.

Deshalb rufen wir alle Anhänger der Unionsparteien dazu auf, in jedem Fall zur Wahl zu gehen und zu einer hohen Wahlbeteiligung beizutragen. Die Wähler haben es in der Hand, am 16. Oktober für klare Verhältnisse zu sorgen.

Wir, CDU und CSU, brauchen jede Stimme. Wir wollen die bewährte und erfolgreiche Koalition der Mitte mit der FDP fortsetzen. Aber wir haben keine Stimme zu verleihen oder zu verschenken. Die FDP muß und wird ihre eigene Chance nutzen.

Am 16. Oktober geht es um eine Richtungsentscheidung von historischer Tragweite:

1. Es geht um die Entscheidung, ob unser Land weiter zuverlässig aus der politischen Mitte regiert wird – oder ob es unter dem Einfluß von SPD, Grünen und kommunistischer PDS weit nach links abdriftet.

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Wahlkampf**
Die CDU im Endspurt. Beide Stimmen für die CDU. Seite 3
- **CSU-Sieg**
Die bayerischen Wähler entschieden sich für Stabilität und Kontinuität. Seite 7
- **PDS**
Gysi beleidigt den Deutschen Bundestag. Seite 12
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Werbemittel für die Endphase des Wahlkampfes. Seite 21-29
- **Dokumentation**
Offensive 2000/Thesen zur Inneren Sicherheit und Verbrechensbekämpfung. Grüner Teil

CDU extra

- Mit der CDU gibt es keine leeren Versprechungen. Was die SPD will ... Was CDU und CSU wollen ... Diese Dokumentation aus UiD 31/94 ist beim IS-Versandzentrum, Postfach 1164, 33759 Versmold, Fax (05423) 5469, 41521 und 42820 zu beziehen:
Bestell-Nr.: 5034
Preis je 100 Exemplare: 8,- DM.

(Fortsetzung von Seite 1)

2. Es geht um die Entscheidung, ob wir den wirtschaftlichen Aufschwung sichern und fortsetzen, die D-Mark stabil halten und neue Arbeitsplätze schaffen — oder ob ein Bündnis aus SPD, Grünen und kommunistischer PDS alles in Frage stellt, was wir gemeinsam erarbeitet haben. Massive Steuererhöhungen, staatliche Bevormundung der Wirtschaft, Fortschritts- und Technikfeindlichkeit wären eine akute Gefahr für unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft, vor allem für Hunderttausende von Arbeitsplätzen.

3. Es geht um die Entscheidung, ob unser Sozialstaat leistungsfähig bleibt, ob denen, die in Not sind, geholfen wird und die Rente sicher ist — oder ob Inflation die Arbeitnehmer um die Früchte ihrer Arbeit bringt und unser Sozialsystem in Gefahr gerät.

4. Es geht um die Entscheidung, ob unsere Familien weiter gestärkt, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern weiter gefördert und Alleinerziehende wirksam entlastet werden — oder ob Ehe und Familie geschwächt und in Frage gestellt werden.

5. Es geht um die Entscheidung, ob wir den Schutz unserer Umwelt weiter voranbringen und Weltmarktführer in der Umweltechnologie bleiben — oder ob eine dirigistische Politik Ökologie und Ökonomie in einen zerstörerischen Gegensatz bringen.

6. Es geht um die Entscheidung, ob Deutschland weiterhin ein verlässlicher und geachteter Partner bei der Einigung Europas und beim Schutz von Frieden und Freiheit bleibt — oder ob SPD, Grüne und kommunistische PDS das weltweite Ansehen unseres Landes verspielen. Wer wie Grüne und PDS, die in



Aussicht genommenen Partner der SPD, Bundeswehr und NATO in Frage stellt, isoliert Deutschland in der Staatengemeinschaft.

7. Es geht um die Entscheidung, ob Kriminalität auch in Zukunft mit ganzer Entschlossenheit bekämpft wird — oder ob SPD, Grüne und kommunistische PDS Kriminalität verharmlosen, Drogen freigeben und die Polizei verunsichern.

8. Es geht um die Entscheidung, ob wir Gewalttätern und den Radikalen von rechts und links eine klare Absage erteilen — oder ob Kommunisten als Mehrheitsbeschaffer der SPD hoffähig gemacht werden und Einfluß auf die deutsche Politik gewinnen.

9. Es geht um die Entscheidung, wer als Bundeskanzler unser Land in die Zukunft führt. Helmut Kohl steht für Erfahrung, Sicherheit und Verlässlichkeit. Er genießt das Vertrauen unserer ausländischen Partner und Freunde. Er steht für eine erfolgreiche Politik im wiedervereinigten Deutschland.

Deutschland kann sich rot-grüne Experimente mit Unterstützung von Kommunisten nicht leisten. Unser Land braucht eine zuverlässige und starke Regierung. Helmut Kohl und die Union wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eine gute und friedliche Zukunft Deutschlands gestalten. ■

Generalsekretär Peter Hintze:

CDU im Endspurt

Die CDU geht jetzt in den Endspurt des Wahlkampfes. Vor uns liegen noch 23 Tage bis zur Wahl. In der Schlußphase des Wahlkampfes werden wir das neue Kanzlerplakat auf 16.000 Großflächen und als Parteiplakat kleben.

Der Slogan für den Endspurt lautet: Es geht um Deutschland.

Damit stellen wir die Bedeutung und die Dramatik der Richtungsentscheidung am 16. Oktober heraus. Es geht darum, daß wir auch nach dem 16. Oktober Aufschwung und Fortschritt, Stabilität und Sicherheit aus der politischen Mitte heraus gestalten können. Dafür steht Helmut Kohl. Die Alternative wäre eine totale Koordinatenverschiebung nach links mit klar erkennbar negativen Folgen für unser Land. Dafür steht die wahre Troika Scharping, Fischer und Gysi. Richtungsentscheidung heißt: Der Wähler entscheidet darüber, ob er diese oder eine andere Republik will. „Quo vadis Deutschland“ ist die alles entscheidende Frage am 16. Oktober.

Alle Umfragen zeigen: Wir liegen vorne, aber es ist knapp. Der Abstand zum linken Lager von

SPD, Grünen und PDS ist hauchdünn. Der Grund für diesen Zustand liegt darin, daß sich viele Wähler der PDS-Gefahr nicht bewußt sind. Sie halten fälschlich die Wahlen bereits für gelaufen. Dabei könnte die kommunistische PDS zum Kanzlermacher werden.

Eine Vielzahl von Anzeichen deuten darauf hin, daß die SPD entgegen Scharpings ritualisierten Beteuerungen im Fall des Falles die PDS-Stimmen dankend annimmt.

In Wahlversammlungen wird immer wieder besorgt die Frage gestellt, ob unser Koalitionspartner FDP am 16. Oktober das Klassenziel erreiche oder ob von seiten der CDU hier noch Hilfsaktionen nötig seien. Die Antwort lautet: Bei den Bundestagswahlen sehe ich die FDP eher bei 10 Prozent als bei 5 Prozent. Dies wird ihr aus eigener Kraft gelingen. Alle Umfragen belegen das. Deshalb werden wir uns keine Zweitstimmen abknapsen lassen. Wir werden im Gegenteil unsere eigene Zweitstimmenaktion durchführen. CDU-Zweitstimme ist Kanzlerstimme. 70 Prozent der Deutschen wissen bis jetzt noch nicht, daß allein die Zweitstimme über die Stärke der Parteien im Deutschen Bundestag entscheidet.

Beide Stimmen für die **CDU**

Bei der Bundestagswahl am 16. Oktober haben Sie zwei Stimmen:

Erststimme

Mit der Erststimme wählen Sie die Kandidatin oder den Kandidaten der CDU, der sich an Ihrem Wohnort zur Wahl stellt.

Mit Ihrer Erststimme treffen Sie eine Persönlichkeitswahl. Deshalb

ist die Erststimme wichtig.

(Die Zahl der Erststimmen hat allerdings keinen Einfluß auf die Kräfteverhältnisse im Deutschen Bundestag.)

Zweitstimme

Mit der Zweitstimme wählen Sie die Landesliste der CDU.

Mit Ihrer Zweitstimme legen Sie fest, wie viele Sitze die CDU im Deutschen Bundestag erhält. Über die Zweitstimme entscheiden Sie auch, wer Bundeskanzler werden soll.

Wer möchte, daß Helmut Kohl wieder zum Kanzler gewählt wird, der muß mit seiner Zweitstimme für die CDU die notwendige Kanzlermehrheit im Deutschen Bundestag sichern.

**CDU Zweitstimme
ist Kanzlerstimme**

Deshalb wählen Sie am 16. Oktober mit beiden Stimmen die CDU.

Damit es weiter aufwärts geht



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Wahlauf Ruf der Senioren-Union zur Bundestagswahl

Wir Senioren entscheiden die Wahl

Liebe Seniorinnen und Senioren!

Wir Senioren stellen über 30 Prozent der Wahlberechtigten, damit entscheiden wir maßgeblich am 16. Oktober 1994 die Bundestagswahl. Nutzen wir diese Chance!

Die jüngsten Wahlen in Sachsen und Brandenburg sollten uns aufmerken lassen: Die Wahlbeteiligung in Sachsen lag bei 58,4 Prozent, die von Brandenburg bei 56,2 Prozent. Mag sein, daß in den neuen Bundesländern das natürliche Verhältnis zu demokratischen Wahlen noch nicht so stabil ist, aufmerken müssen wir allemal! Senioren sind potentielle CDU-Wähler und die Ergebnisse der Europawahl haben gezeigt, daß nur mit Senioren-Wählern die CDU die absolute Mehrheit bekommen hätte.

Dieses Potential müssen wir nutzen und alle, wirklich alle, zur Wahl gehen.

Nach einer Allensbach-Umfrage vom Mai haben 45 Prozent der über 60 Jahre alten Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande den Eindruck, daß sich die CDU/CSU mehr als andere Parteien für die Interessen der älteren Generation einsetzt.

Wollen wir das Feld den Republikanern und der PDS überlassen? Mit Sicherheit Nein. Wir Senioren haben die Entscheidung in der Hand.

Also: Gehen Sie am 16. Oktober zur Wahl und wählen Sie mit Ihrer Erst- und Ihrer Zweitstimme die CDU, wählen Sie Helmut Kohl, damit es weiter aufwärts geht.

Wir vertrauen Helmut Kohl und seiner Politik. Er muß unser Kanzler bleiben! Sagen Sie auch den Jüngeren, daß sie zur Wahl gehen. Wer wählt, übernimmt Verantwortung für Sicherheit und Zukunft in Deutschland. ■

Deutschlandtag der Jungen Union

Der diesjährige Bundeskongreß der Jungen Union Deutschlands, der sogenannte Deutschlandtag, findet vom 4. bis 6. November 1994 in der Berliner Kongreßhalle am Alexanderplatz statt.

Auf der Tagesordnung der mehr als 600 Delegierten und Gäste stehen u.a. die Neuwahlen des Bundesvorstandes sowie eine intensive Diskussion über das Ergebnis der wenige Wochen zurückliegenden Bundestagswahl.

Als Gäste und Diskussionspartner haben bereits Bundeskanzler Helmut Kohl, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble, CDU-

Generalsekretär Peter Hintze, der Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen, Bundesjugendministerin Angela Merkel, die stellvertretende CSU-Vorsitzende Monika Hohlmeier sowie jüngere Landesminister und CDU-Fraktionsvorsitzende aus mehreren Landtagen zugesagt.

Weitere Informationen erhalten Sie bei der **JU Deutschlands**, Tel. **(02 28) 31 00 11**, Ansprechpartner ist unser Pressesprecher **Alex Mänz**.

Die Einladung wird den Vertreterinnen und Vertretern der Medien in der ersten Oktoberwoche zugeleitet.

Soldatenurteil ein Bärenienst für unsere wehrhafte Demokratie

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Aufkleber „Soldaten sind Mörder“ als zulässige Meinungsäußerung zu werten sei, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Mir geht es nicht um Urteilsschelte. Ich habe Respekt vor jedem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, zumal ich sicher bin, daß sie rein juristisch wasserdicht sind.

Gleichwohl nehme ich mir das Recht heraus, auf die politischen Folgen und den Schaden in der Gesellschaft durch ein solches Urteil aufmerksam zu machen. Das Urteil mag juristisch nachvollziehbar sein. Für den gesunden Menschenverstand ist es allerdings schwer verständlich.

Ich spreche mich gegen jede Überreaktion aus, halte jedoch folgende Klarstellungen zum Schutz des Selbstverständnisses unserer Soldaten für unverzichtbar: Millionen unserer Söhne haben als Grundwehrdienstleistende, Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit in den letzten 40 Jahren unter Einsatz ihres eigenen Lebens den Frieden gesichert, und sie tun es noch heute, eingefügt in eine Wertegemeinschaft von 16 Nationen im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses. Niemand darf sich das Recht anmaßen, unsere Soldaten in schlimmster Form moralisch herabzusetzen.

Eine pauschale Diffamierung haben unsere Soldaten nicht verdient. Gerade in jüngster Zeit ist der Einsatz unserer Soldaten für Menschenrechte und gegen Völkermord deutlich geworden.

Wir sind stolz auf unsere Soldaten

Die Bundesregierung hat am 21. September folgende Würdigung des Friedensdienstes der Bundeswehr beschlossen:

Die Bundesregierung bekundet den Soldaten unserer Bundeswehr ihre besondere Sympathie und Solidarität. Jahrzehntlang hat die Bundeswehr an der Seite unserer Verbündeten Frieden und Freiheit gesichert. Dies war eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, daß der Ost-West-Konflikt schließlich überwunden und die Einheit unseres Vaterlandes wiederhergestellt werden konnte. Wir sind stolz auf unsere Soldaten und danken ihnen für ihren Beitrag für Frieden und Freiheit.

Die Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit prägen das Selbstverständnis unserer Armee. Die deutschen Streitkräfte genießen bei unseren Freunden und Partnern hohes Ansehen.

Wie nur wenige andere Berufe verlangt der Soldatenberuf in letzter Konsequenz auch die Bereitschaft zum Einsatz des eigenen Lebens. Dafür verdienen die Soldaten der Bundeswehr unsere besondere Achtung.

Wir brauchen den Dienst unserer Soldaten in der Bundeswehr, um auch künftigen Generationen ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen.

Die bayerischen Wähler entschieden sich für Stabilität und Kontinuität

Klarer Sieger der bayerischen Landtagswahl vom 25. September 1994 ist die CSU. Sie erreichte mit einem Anteil von 52,8 Prozent (= 6,164 Mio. Stimmen) zum siebenten Mal hintereinander die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Gesamtstimmen und zum achten Mal die absolute Mandatsmehrheit. Diese Abfolge ist bei Wahlen in der Bundesrepublik bisher einzigartig. Gegenüber der Landtagswahl von 1990 verlor die CSU jedoch 2,1 Prozentpunkte und 7 Mandate. Einem langfristigen Trend folgend sind damit seit 1974 ihre prozentualen Stimmenanteile auf hohem Niveau rückläufig. Damals erreichte sie unter Alfons Goppel ihr Rekordergebnis von 62,1 Prozent. Mit 120 von 204 Sitzen hat die CSU auch im neuen Landtag immer noch eine komfortable Mehrheit.

Die SPD konnte deutliche Zugewinne verbuchen. Ihr Anteil von 30,1 Prozent (= 3,506 Mio. Gesamtstimmen) bedeutet gegenüber der Vorwahl ein Plus von 4,1 Prozentpunkten. Das Vorwahlergebnis von 1990 war mit 26,0 Prozent allerdings das schlechteste SPD-Ergebnis bei bayerischen Landtagswahlen. Die SPD liegt jetzt erst wieder knapp auf dem Niveau, das sie in den 70er Jahren hatte. Sie wird mit 70 Abgeordneten (+ 12) künftig im Landtag vertreten sein.

Die FDP scheiterte an der Fünfprozentmarke. Sie kam nur auf 2,8 Prozent (= 327.000 Stimmen) und verlor damit 2,4 Prozentpunkte. Die Liberalen hatten bei Landtagswahlen in Bayern nie besonders gute Ergebnisse. Diese lagen meist nur knapp über fünf Prozent. 1990 hatte sie

gerade 5,2 Prozent und schon bei den Landtagswahlen von 1982 und 1986 war sie unter fünf Prozent geblieben. Bei Bundestagswahlen erzielte sie in Bayern bisher aber seit Anfang der 70er Jahre regelmäßig bessere Ergebnisse — meist zwischen sechs und acht Prozent.

Bündnis 90/Grüne haben mit einem Anteil von 6,1 Prozent (= 714.000) ihr Vorwahlergebnis knapp verfehlt. Sie verloren 0,3 Prozentpunkte, konnten aber durch das Ausscheiden der FDP einen

Eine Analyse zum Ausgang der bayerischen Landtagswahl von der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zuwachs von 2 Sitzen erzielen und werden künftig mit 14 Abgeordneten im Maximilianeum vertreten sein.

Die Republikaner mußten in ihrem Stammland Bayern Verluste hinnehmen und blieben klar unter fünf Prozent. Ihr Anteil von 3,9 Prozent (= 454.000) liegt um 1,0 Prozentpunkte unter dem REP-Ergebnis von 1990.

Bayerische Landtagswahlen sind deshalb bedeutende Wahlen, weil Bayern, gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten, nach Nordrhein-Westfalen das zweitgrößte Bundesland ist. Ca. 15 Prozent aller wahlberechtigten Deutschen leben hier. Von den 8,732 Mio. bayerischen Wahlberechtigten beteiligten sich 5,928 Mio. an der Wahl.

Die Wahlbeteiligung liegt damit bei 67,9 Prozent und ist gegenüber der Vorwahl um 2,0 Prozentpunkte (= 275.000 Wähler) gestiegen. Dennoch ist sie die zweit-

schlechteste aller Landtagswahlen in Bayern.

Durch die gestiegene Wahlbeteiligung hat die CSU in absoluten Zahlen keine Stimmenverluste, sondern sogar Stimmengewinne in der Größenordnung von 70.000 Gesamtstimmen zu verzeichnen.

Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

Der Erfolg der CSU folgt einem stetigen Aufwärtstrend der Partei seit Anfang dieses Jahres. Dieser Trend wurde wesentlich von der außerordentlich positiven Beurteilung von Ministerpräsident Edmund Stoiber bestimmt. Mit seiner Regierungsarbeit waren im Vorfeld der Wahl mehr als drei Viertel aller Bayern zufrieden, die Zustimmung geht also weit über die CSU-Anhängerschaft hinaus.

Dementsprechend bevorzugte eine deutliche Mehrheit von 54 Prozent Edmund Stoiber vor Renate Schmidt (mit 38 Prozent) als künftigen Ministerpräsidenten.

Die wachsende Zustimmung zur CSU korrespondiert auch mit der positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung in Bayern.

Die CSU galt in fast allen vorrangigen Problemfeldern der Landespolitik (Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Soziales, Wirtschaft, Ausländerpolitik, Wohnungspolitik) als die lösungskompetentere Partei vor der SPD. Lediglich in der Frage der Wohnungsbaupolitik rangiert die SPD vor der CSU.

Zum ausgeprägten Kompetenzprofil der CSU gehört auch, daß sie als die Partei gilt, die die bayerischen Interessen am besten in Bonn vertritt und das kulturelle Erbe und die Traditionen Bayerns am stärksten bewahrt. Die CSU ist die bayerischste aller Parteien in Bayern und

genießt von allen Parteien die größte Sympathie.

Die Mehrheit der Wähler war ca. eine Woche vor der Wahl davon überzeugt, daß Ministerpräsident Stoiber und die CSU die absolute Mehrheit wieder gewinnen würden.

Die CSU gab (laut Infas-Wanderungsbilanz) im Saldo etwa 90.000 Stimmen an die SPD ab. Sie gewann allerdings auch von bisherigen FDP- und REP-Wählern sowie von bisherigen Nichtwählern beträchtliche Stimmenanteile dazu.

Die SPD verdankt ihre Zugewinne vor allem ihrer Spitzenkandidatin Renate Schmidt. Sie genießt Sympathien weit über die SPD-Anhängerschaft hinaus, auch etwa die Hälfte der CSU-Anhänger empfinden sie als sympathisch. Unter Frauen ist ihre Wertschätzung deutlich höher als unter Männern.

Die SPD gewann aus allen Partei-Anhängerschaften sowie aus dem Nichtwählerlager beträchtlich hinzu. Laut Infas-Wanderungsbilanz hatte sie die größten Zugewinne von der CSU, gefolgt von Bündnis 90/Grüne, Nichtwählern, FDP und REP. Mit ihrem 1994 erreichten Ergebnis befindet sich die Partei wieder am unteren Rand ihrer jahrzehntelangen Durchschnittsergebnisse bei Bayern-Wahlen.

Das Abschneiden der FDP folgt auch in Bayern dem Muster der vorangegangenen Landtagswahlen. Sie wurde als Mehrheitsbeschaffer für die CSU nicht gebraucht, da an einer erneuten absoluten Mehrheit der CSU kaum Zweifel bestanden. Über ein eigenes Kompetenzprofil verfügt die FDP in Bayern schon seit längerem nicht. Auch in Bayern wird die FDP in erster Linie als Bundespartei gesehen, bei Bundestagswahlen erreichte sie fast durchweg höhere Werte als bei Landtagswahlen und kam mit zwei Ausnahmen (1957 und 1969) immer über 5

Prozent. Die FDP gab Stimmen sowohl an die CSU als auch an die SPD ab. Bündnis 90/Grüne stagnieren auf niedrigem Niveau. Ihr Wiedereinzug in den Landtag war zwar von der Mehrheit der Wähler erwartet worden, fiel aber niedriger aus als vier Jahre zuvor. Die Bündnis-Grünen scheinen ihr Potential in Bayern ausgeschöpft zu haben. Das Grünen-Lager insgesamt beginnt sich, wie der leichte Zuwachs für die ÖDP zeigt, anscheinend stärker aufzuspalten.

Die Republikaner-Partei ist dank der konsequenten Ausgrenzungspolitik der CSU in Bayern auf ihren „harten Kern“ ideologisch motivierter Anhänger geschrumpft. Doch muß mit ihr angesichts des relativ hohen Anhängersockels auch künftig als möglichem Sammelbecken für politischen Protest gerechnet werden.

Ein Charakteristikum der bayerischen

Landtagswahl vom 25. September 1994 ist der Sog zu den großen Parteien und der Rückgang der kleinen. Der neue Bayerische Landtag wird ein Drei-Frak-tionen-Parlament sein, ebenso wie die 1994 zuvor gewählten Landtage von Nie-dersachsen, Brandenburg und Sachsen. Eine weitere Parallele fällt ins Auge: In allen vier Ländern gibt es eine absolute Mehrheit der Stimmen bzw. der Sitze für eine Partei und eine entsprechende Ein-Partei-Regierung. Doch so frapperierend die Parallelen auf den ersten Blick auch sind, so verschieden sind ihre landesse-zifischen Rahmenbedingungen. Immer-hin signalisieren sie alle gleichermaßen das Bedürfnis nach klaren Mehrheitsver-hältnissen, nach Stabilität und nach per-soneller Kontinuität in schwierigen Zei-ten. Hier liegt bei aller landesspezifischer Bestimmung des bayerischen Wahlergeb-nisses das bundespolitische Signal dieser Wahl. ■

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Herausforderungen der 90er Jahre spiegeln sich in der Bil-dungsarbeit der KAS. So z. B. die Not-wendigkeit, die natürlichen Lebens-grundlagen zu bewahren. Der Weg: konsequente Umsetzung der Ökologi-schen und Sozialen Marktwirtschaft.

Aus der Vielzahl der Bildungsangebote ein Beispiel:

Veranstaltung Nr. 260.

Bekämpfung von Umweltkriminali-tät — Möglichkeiten und Grenzen polizeilicher Ermittlungsarbeit

Fachtagung für Angehörige der Polizei sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Umweltämtern. 9. bis 11. Oktober 1994, Schloß Eichholz/Wesseling

- Defizite bei der Kooperation und

Probleme im Vollzug des Umweltstraf-rechts

- Aufgaben, Zielsetzung und prakti-sche Arbeit kommunaler Umwelt-schutzbehörden — Das Beispiel der Stadt Köln
- Umweltkriminalität: Aktuelle Lage, Entwicklungen und Tendenzen
- Das Umweltstrafrecht und seine Bewährung in der Praxis
- Auswirkungen der Umweltstraf-rechtsvorschriften auf die Kommune
- Illegale Abfallverschiebungen und Organisierte Kriminalität.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Bil-dungszentrum, Schloß Eichholz, Postfach 1331, 50387 Wesseling.

Die Landtagswahl Bayern 1994 am 25. 9. 1994

- Vorläufiges amtliches Endergebnis -

	<u>Landtagswahl Bayern</u> <u>1994</u>		<u>Landtagswahl Bayern</u> <u>1990</u>		Differenz
	(Gesamtstimmen)		(Gesamtstimmen)		
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	8.731.751		8.583.278		
Wahlbeteiligung	5.927.547	67,9	5.652.294	65,9	+2,0
gültige Stimmen	11.667.943		11.098.912		
CSU	6.163.578	52,8	6.093.514	54,9	-2,1
SPD	3.506.315	30,1	2.882.008	26,0	+4,1
Bündnis 90/Die Grünen	713.722	6,1	712.101	6,4	-0,3
Republikaner	453.872	3,9	538.615	4,9	-1,0
F.D.P.	327.196	2,8	573.338	5,2	-2,4
Ökologisch-Demokra. Partei	248.616	2,1	192.414	1,7	+0,4
Bayernpartei	119.735	1,0	93.710	0,8	+0,2
Bund freier Bürger	52.260	0,4			+0,4
Freie Bürger Union	41.822	0,4			+0,4
NPD	11.609	0,1			+0,1
NATURGESETZ - Partei	8.877	0,1			+0,1
Christliche Liga	8.116	0,1	7.211	0,1	0,0
Freie Wähler	6.147	0,1			+0,1
STATT Partei	4.665	0,0			0,0
Partei Deutscher Demokraten	1.363	0,0			0,0
Sonstige		0,0	6.001	0,1	-0,1

Gesamtstimmen: Darunter wird bei den bayrischen Landtagswahlen die Addition von Erst- und Zweitstimmen verstanden. Die Gesamtstimmen eines Wahlvorschlags sind ausschlaggebend für die Sitzverteilung.

Mandatsverteilung

	<u>Landtagswahl Bayern</u> <u>1994</u>		<u>Landtagswahl Bayern</u> <u>1990</u>		Differenz
	Anzahl	(Mandate)	Anzahl	(Mandate)	
CSU	120	(99)	127	(102)	-7
SPD	70	(5)	58	(2)	+12
Bündnis 90/Die Grünen	14		12		+2
F.D.P.			7		-7
Summe	204	(104)	204	(104)	0

in Klammern: Direktmandate

Norbert Blüm:

Die Welt staunt, die SPD jammert

Es geht eine Welle der Bereitschaft durch Deutschland mitzumachen, und die Sozialdemokraten machen mies. Das ist das einzige, was die SPD macht. Dem Mitmachen stellen sie das Miesmachen entgegen.

Es geht aufwärts in Deutschland. Ich brauche dafür keine Statistik, ich brauche dafür auch keine Institute. Mir langt der Augenschein. Wer einmal auf Plätzen und Straßen in den neuen Ländern war, wer einmal gesehen hat, wie viele Häuser renoviert, wie viele Gebäude hergerichtet sind, der muß, wenn er dies nicht zugibt, nicht in eine Wahlversammlung, sondern zum Augendoktor. Was dort passiert, ist augenscheinlich.

Die SPD führt einen Wahlkampf gegen den gesunden Menschenverstand. 8.100 km Autobahn instand gesetzt oder neu geschaffen, ebenso 3.000 km Eisenbahn, 4,8 Millionen Telefonanschlüsse durch Telekom eingerichtet, und dies alles in dieser Zeit. Es geht langsamer, als wir geschätzt haben. Das ist richtig. Wir haben das Desaster des Sozialismus unterschätzt. Aber lieber langsamer zum Ziel als schnell in die falsche Richtung. Mit 89er-Ratschlägen der SPD hätten wir keine Zugverspätung gehabt, sondern wären in den Lafontainschen Sackbahnhof gefahren.

Wir leben nicht in einem Schlaraffenland; das ist richtig. Wir haben Probleme. Das Schlaraffenland gibt es nur in Märchenbüchern. Viele haben es nicht leicht, viele haben es auch schwer. Man muß sehen, was den Menschen in diesem Jahrhundert alles zugemutet wurde: 70 Millionen Tote in zwei Weltkriegen in Europa, 15 Millionen Flüchtlinge und

Vertriebene, zwei Diktaturen auf deutschem Boden, erst eine braune und dann eine rote; ein trauriges Jahrhundert. Aber es sind nicht nur Verluste zu beklagen. 1990 ist das glücklichste Jahr der Deutschen in diesem Jahrhundert. Die Mauer fällt, der Sozialismus bricht zusammen. Es ist das beste Jahrzehnt mit größeren Chancen als je zuvor. Für die beiden besten Projekte arbeiten wir, nämlich für deutsche Einheit und europäische Einigung.

Welches sind die Gewinne? Der größte Gewinn ist der Frieden in Deutschland. Solange die Mauer stand, so lange war Kriegsgefahr. Die Raketen sind verschrottet, die Panzer verladen, die Russen friedlich heimgekehrt. Deutschland freut sich, die Welt staunt, und die SPD jammert. Das ist die Lage.

Regierung größte Friedensbewegung

Wir verdanken das dem Mut der Bürger in der DDR, die ihre Existenz eingesetzt haben. Wir verdanken es auch der Treue dieser Koalition zur deutschen Einheit. Wir verdanken es auch der Entschlossenheit des Bundeskanzlers, zugepackt zu haben, als sich die einmalige historische Chance bot. Der Bundeskanzler hat für Abrüstung, für Frieden mehr getan als Herr Lafontaine in Mutlangen. Nicht die Nachrüstungsgegner haben die Abrüstung geschaffen, sondern eine Politik im Bündnis. Nicht von 100.000 Nachrüstungsgegnern im Hofgarten in Bonn, sondern im Kanzleramt ist die Abrüstung und das Geschenk der deutschen Einheit mit vorbereitet worden. Diese Regierung ist die größte, erfolgreichste Friedensbewegung, die es in Deutschland je gab. ■

Entlarvend

„Sollte die PDS am 16. Oktober in den Bundestag gewählt werden, müßten ihre Stimmen bei der Wahl eines Kanzlers gezählt werden wie die anderer Parteien, und ihre Stimmen könnten entscheidend sein für die Wahl eines sozialdemokratischen Kanzlers.

Mit dieser Äußerung ermahnte der ehemalige sozialdemokratische Bundesminister Egon Bahr die SPD, sich angesichts der CDU-Wahlkampf-Propaganda gegen die PDS nicht aufzuführen, als schleiche der Fuchs durch einen Hühnerhaufen. Scharping könne zwar jetzt nicht mehr hinter seine Äußerungen zurückfallen, nicht mit den Stimmen der PDS Kanzler werden zu wollen. Aber der Kanzler wird doch schließlich geheim gewählt“, so Bahr.

(Tagesspiegel vom 22. 9. 1994).

Infos via Mailbox

Seit Anfang September ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch über Mailbox zu erreichen. Computer-Besitzer können über ein entsprechendes Modem und Telekomanschluß mit der Unionsfraktion in Kontakt treten. Die Mailbox „Union BT“ bietet die aktuellsten Informationsdienste (u.a. „Stichworte der Woche“) sowie Broschüren und Infoblätter zur parlamentarischen Arbeit der CDU/CSU. Außerdem können interessierte PC-Nutzer die vollständigen Redetexte führender Unionspolitiker im Bundestag abrufen. Darüber hinaus ist die Mailbox eine Art Briefkasten, in dem Anfragen und Mitteilungen an die Fraktion übermittelt werden können. Die Mailbox ist unter der Telefon-Nr. (0228) 16-5946 zu erreichen.

Gysi beleidigt Deutschen Bundestag

Auf einer Wahlkundgebung in Berlin beschimpfte der Chef der PDS-Bundestagsgruppe unser Parlament als „scheiß Bundestag“. Gleichzeitig warf der Lenker der SED-Nachfolgeorganisation den anderen Parteien vor, korrupt zu sein. Gysi setzte dem ganzen die Krone auf mit dem Satz: „Wir, die PDS, sind die einzige saubere Partei.“ (Bild, 23. September 1994)

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth mahnte Gysi ab. „Das laß ich nicht auf dem Deutschen Bundestag sitzen. Es ist schon ein starkes Stück, wenn sich ausgerechnet die PDS als einzige

saubere Partei bezeichnet. Wenn Gysi tatsächlich unser bewährtes parlamentarisches System als korrupt bezeichnet hat, so ist dies unerträglich. Das Parlament hat es nicht nötig, sich von den SED-Nachfolgern moralische Maßstäbe setzen zu lassen.“

Jürgen Rüttgers, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion: „Aus solchen Beschimpfungen spricht die ganze Verachtung der Kommunisten gegen das parlamentarische System. Wir lassen uns von der Partei der Gefängniswärter und Mauerschützen nicht unsere Demokratie kaputt machen.“

Lafontaine betreibt die innere Spaltung Deutschlands

Mit seinen unsäglichen Tiraden gegen die Mitglieder der CDU in den neuen Bundesländern zeigt der alte Spalter Lafontaine wieder einmal sein wahres Gesicht. Schon 1990 hat er die Einheit nicht gewollt. Jetzt betreibt er die innere Spaltung Deutschlands.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers erklärte dazu: „Lafontaine verdreht die historische Wahrheit. In der Union arbeiten Opfer des SED-Regimes mit. Wir geben auch den Mitläufern, die einen neuen Anfang machen wollen, eine Chance. Wir arbeiten aber nicht wie die SPD mit den Tätern von gestern zusammen“.

Zu den Äußerungen von Oskar Lafontaine erklärte Generalsekretär Peter Hintze: „Oskar Lafontaine wirft Steine in eigenen Glashaus. Mit dem gemeinsa-

men SPD-PDS-Papier und den ständigen Bemühungen der SPD-Ministerpräsidenten, die Unrechtserfassungsstelle in Salzgitter abzuwürgen sowie mit dem ständigen Applaus für den Honecker-Wunsch nach einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft hat die SPD das SED-Regime mehr stabilisiert, als es die Ost-CDU je konnte. Die korrupte Marionettenführung der Ost-CDU zur Zeit der SED-Diktatur ist im Reformprozeß der Jahre 89/90 vollständig abgelöst und aus der CDU ausgeschlossen worden. Geblieben sind die Mitglieder, die aus christlicher Überzeugung eine Nische im totalitären DDR-Staat gesucht hatten. Die CDU in den neuen Ländern ist heute die politische Heimat der engagierten Bürgerrechtler und aufrechten Demokraten, die die demokratische Wende herbeigeführt und den Aufbau Ost erfolgreich vorangebracht haben. ■

Gespielte Aufgeregtheit der SPD über Diskettenversand

Die „gespielte Aufgeregtheit über den Diskettenversand der CDU an Schulen, mit der einige SPD-Kulturpolitiker ihren Pflichtbeitrag zum SPD-Wahlkampf abliefern wollen“, zeigt nach Ansicht des Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Hermann Gröhe, „daß die, die sich da jetzt so aufregen, keine Ahnung davon haben, worum es geht“.

„Schon immer haben Schülerinnen und Schüler zu denjenigen gehört, die sich mit besonderem Eifer mit Wahlprogrammen auseinandergesetzt

haben. Jede JU-Geschäftsstelle kennt die Schülerbesuche, wenn die Programme zur Besprechung und durchaus kritischen Bewertung etwa im Gemeinschaftskundeunterricht abgeholt wurden. Davon haben die SPD-Kulturgenossen wohl keine Ahnung.

Diese Arbeit der Schulen wollen CDU und JU mit ihrer Gemeinschaftsaktion erleichtern. Uns geht es darum, auf die Bedeutung der Wahlen hinzuweisen und zur Auseinandersetzung mit unserem Programm einzuladen. Dazu gehört natürlich der Vergleich der verschiedenen Programme.“

Probleme mit der Wirklichkeit:

Die Wahlversprechen des traurigen Trios

Scharpings doppelte Personalpolitik

„SPD-Kanzlerkandidat Rudolf Scharping liebt offenbar die politischen Gegensätze: Während er für Bonn bei einem Wahlsieg einen umfassenden Abbau des Regierungsapparates propagiert, gönnt er der von ihm geführten Landesregierung in Mainz eine drastische und kostspielige Aufblähung der Führungs-Administration.“ (Die Welt, 22. 9. 1994)

Scharping hat in Mainz nicht nur zwei neue Ministerien geschaffen, sondern auch die Zahl der Stellen in den Ministerien um 242 erhöht. Damit hat Scharping den Regierungsapparat um mehr als 13 Prozent aufgebläht. Allein die neuen Stellen kosten den Steuerzahler jedes Jahr rund zwölf Millionen Mark zusätzlich. Niemals zuvor gab es in Rheinland-Pfalz eine so ausgeuferte Ministerialbürokratie wie unter der Regierung Scharping.

Schröder läßt Wahlversprechen platzen

„Sechs Monate nach der Landtagswahl kassiert Schröder eine ganze Reihe zentraler Versprechen wieder ein. Statt 275 Lehrer einzustellen, müssen die Schulen jährlich 650 Stellen streichen. Die Landesgelder für neue Kindergärten und Krankenhausbau liegen zwei Jahre auf Eis. Der Wohnungsbau wird fast halbiert.“ (Stuttgarter Nachrichten, 22. 9. 94)

In den letzten vier Jahren hatte die Regierung Schröder den Haushalt durch 9.000 neue Landesbedienstete nahezu ruiniert. Inzwischen ist Niedersachsen in die größte Finanzkrise der Geschichte des Landes geraten. Doch damit nicht genug: In einer einsamen Entscheidung hatte Schröder ohne Beteiligung des Landtages

verfügt, daß „die Neuverschuldung sowohl 1994 wie auch 1995 die von der Verfassung gesetzte Grenze überschreiten werde.“ (FAZ, 27. 9. 1994)

Auch der niedersächsische DGB-Landesvorsitzende Witte kritisierte, die schlagartig zurückgefahrne Investitionstätigkeit schade der Konjunktur in Niedersachsen. (FAZ, 23. 9. 1994) Wer sein Bundesland so herunterwirtschaftet und die Wähler schamlos belügt, darf nicht Verantwortung für ganz Deutschland bekommen.

Lafontaines Wahlgeschenke ohne Preisschild

Am 14. 3. 1990 erhob Oskar Lafontaine den Maßstab für seine Politik: „Prüfstein für uns ist, ob jeder Saarländer einen Erwerbsarbeitsplatz finden kann.“ Tatsächlich stieg im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeitslosen im Saarland stärker an als in allen anderen alten Bundesländern. Im Saarland ist die Arbeitslosigkeit um 50 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt.

Doch nicht nur die Arbeitsmarktbilanz der Lafontaine-Regierung ist katastrophal. Der Haushalt des Saarlandes ist nach acht Jahren SPD-Regierung zerrütet: Mit 14 Mrd. Mark sind die Schulden inzwischen dreimal so hoch wie der gesamte Landeshaushalt eines Jahres. Die Politik des SPD-Schatten-Finanzministers hat dazu geführt, daß die Pro-Kopf-Verschuldung im Saarland höher ist, als in jedem anderen Flächenland der Bundesrepublik. Scharf kritisiert werden auch die finanzpolitischen Vorschläge Lafontaines für Bonn: „Das SPD-Programm grenzt an Volksverdummung. Wie, bitte sehr, will denn die SPD ihr Wahlgeschenk finanzieren.“

(Tagesspiegel, 13. 8. 1994)

Über den kalkulierten Wahlbetrug des Herrn Schröder:

Wer soll Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Schröder?

Der Ministerpräsident Schröder und seine SPD haben die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen vor der Wahl massiv belogen. Jetzt muß Herr Schröder diese Lügen eingestehen. Statt der Erfüllung gigantischer Wahlversprechen stehen den niedersächsischen Bürgern brutale Einschnitte in allen Lebensbereichen ins Haus. Vor der Wahl hieß es:

■ „... die finanzielle Eigenständigkeit Niedersachsens bleibt nicht nur gewahrt, sondern sie wird sich deutlich verbessern.“

(Ministerpräsident Schröder am 17. März 1993 im Nieders. Landtag.)

■ „Dieser Haushalt 1994 ist der geordnete Fahrplan zur soliden Finanzierung der Landespolitik im nächsten Jahr. Die Reformpolitik ist abgesichert. Die Leistungen für die Deutsche Einheit sind gesichert. Der Kurs für die Konsolidierung ist abgesichert.“

(Finanzminister Swieter am 8. Dezember 1993 im Niedersächsischen Landtag.)

■ „Der Vorwurf, die Landesregierung plane einen massiven Sozialabbau, ist eine reine Angstkampagne des Spitzenkandidaten Wulff. Sparpläne sind frei erfunden.“

(Finanzminister Swieter in einem Bericht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ am 4. Februar 1994.)

Unter der Überschrift: „Worauf Sie sich verlassen können“ hat Schröder den Wählern versprochen:

■ Bei uns bekommt jedes Kind seinen Platz im Kindergarten. Wir werden niemals auf Kosten unserer Kinder sparen. **Alles gelogen!** Die brutale Wahrheit ist: Jetzt wird bei den Kindergärten massiv gespart. Allein in den nächsten beiden

Jahren werden auf Kosten unserer Kinder 200 Millionen DM gestrichen.

■ Mehr Wohnungen für die Menschen in unserem Lande! **Alles gelogen!** Die brutale Wahrheit ist: Die Wohnungsbauförderung wird bis 1996 um 650 Millionen DM gekürzt. Das bedeutet: Die Wohnungsnot in Niedersachsen wird sich weiter verschärfen.

Die Wahrheit über den Ministerpräsidenten Schröder: Er hat den größten Wahlbetrug der Nachkriegsgeschichte zu verantworten! Die Niedersachsen können auf diesen Mann verzichten. Für Bonn wäre er eine Zumutung.

NIEDERSACHSEN

CDU

Diese Anzeige hat der Landesverband Niedersachsen seinen Verbänden zur Veröffentlichung empfohlen.

Helmut Linssen: Sozialdemokraten mißbrauchen Sozialhilfestatistik

Man merkt, es ist Wahlkampf: Die SPD malt derzeit ein Schreckensbild der sozialen Lage, das an der Realität vollkommen vorbeigeht. Glaubt man den Sozialdemokraten, ist ein Drittel der deutschen Bevölkerung verarmt. Die SPD verzerrt offenbar bewußt die Tatsachen, wenn sie die Menschen in Deutschland glauben machen will, ein großer Teil der Bevölkerung sei während der Regierungszeit von Helmut Kohl und der CDU verarmt. Die Sozialdemokraten sprechen von „dramatisch wachsender Armut“, von „über eine Mio. Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe“, und behaupten, daß „ein großer Teil der Familien in Deutschland“ arm sei.

● Sozialhilfe und Armut sind nicht gleichzusetzen

Am Anfang der sozialdemokratischen Kampagne steht ein Denkfehler: Die SPD setzt Sozialhilfe und Armut gleich. Nicht jeder, der Sozialhilfe bezieht, ist aber gleich als arm zu bezeichnen. Sozialhilfe ist vielmehr bewußt darauf angelegt, das Abgleiten in Armut so oft wie möglich zu verhindern. Sozialhilfe sichert in aller Regel nicht nur die nackte Existenz, sondern auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sie wird oft nur vorübergehend bezogen, z. B. als Krankenhilfe oder um die Zeit bis zur Bewilligung des Arbeitslosengeldes zu überbrücken. Armut tritt dagegen vor allem dann auf, wenn Probleme wie Verschuldung, hohe Mietbelastung, Langzeitarbeitslosigkeit oder andere Krisenfaktoren zusammentreffen. Denn dann fühlen sich Menschen ausgegrenzt und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Und dann können sie

sich oft nur noch schwer aus eigener Kraft aus ihrer Situation befreien. Das Problem sozialer Ausgrenzung darf auf keinen Fall verharmlost werden. Die Augen vor solcher Not zu verschließen wäre kaltherzig und politisch verantwortungslos. Die Sozialpolitik der CDU in Bund und Land ist daran ausgerichtet, den wirklich Hilfebedürftigen optimal zu helfen und ihnen die Chance zu einem selbstbestimmten Leben zu geben.

● SPD mißbraucht Sozialhilfestatistik

In ihrer Wahlkampfpropaganda benutzt die SPD unrealistische und überhöhte Zahlen: Sie behauptet, in Deutschland gebe es fast fünf Millionen Sozialhilfeempfänger. Tatsächlich gab es 1992 (aktuellster Stand der Statistik) insgesamt 4.714.036 Menschen, die im Laufe des Jahres in irgendeiner Form Sozialhilfe bezogen. Davon lebten 4.032.089 im Westen und 85.047 im Osten. Wichtig ist aber: In diesen Zahlen sind auch diejenigen enthalten, die nicht dauernd, sondern nur zeitweise Leistungen erhielten. Hinzu kommt, daß auch Mehrfachzählungen möglich sind, z.B. weil die Sozialhilfe mehrfach im Jahr kurzfristig einspringen mußte oder der Empfänger zwischenzeitlich umgezogen war.

Zuverlässiger als Jahresgesamtzahlen sind deshalb Stichtagszahlen. Dann ergibt sich ein gänzlich anderes Bild: Am Jahresende 1992 bezogen in Deutschland 2,3 Mio. Personen in Privathaushalten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, also Sozialhilfe im engeren Sinne. Im früheren Bundesgebiet waren es zwei Mio. Empfänger (zum Vergleich 1985 rund 1,4 Mio.), in den neuen Bundesländern

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



94

300.000. Bezogen auf die Bevölkerung erhielten 2,8 Prozent (3,1 Prozent West bzw. 1,8 Prozent Ost) der in Deutschland lebenden Menschen Sozialhilfe.

Im Verlauf des Jahres 1992 bezogen 1,6 Mio. Menschen in den alten und 240.000 Menschen in den neuen Bundesländern Hilfe in besonderen Lebenslagen, wie z. B. die Hilfe zur Pflege. Von diesen erhielten etwa 40 Prozent (794.000) zusätzlich „Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt“.

● Ursachen für den Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger

Die Ursachen für Sozialhilfebezug haben sich im Laufe der Jahre gewandelt: Früher waren es oft alte Menschen, die wegen zu niedriger Renten Sozialhilfe bezogen; hier hat die Rentenpolitik der CDU erfolgreich gegengesteuert. Heute sind Langzeitarbeitslosigkeit, Ausfall des Ernährers als Folge von Ehescheidungen, Zunahme der Ausländerzahlen, Leistungsverbesserungen und Nichtanrechnungsregelungen (z. B. für das Erziehungsgeld) die Ursachen für den Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger.

Die CDU hat erhebliche Verbesserungen für Sozialhilfeempfänger durchgesetzt. Die Verbesserungen haben nicht nur zu einer Besserstellung des einzelnen Sozialhilfeempfängers geführt, sondern zugleich die Zahl derjenigen erhöht, die Sozialhilfe beanspruchen können.

In den letzten 10 Jahren stieg der Realwert der Regelsätze der Sozialhilfe um 19

Prozent und erreichte damit den bisher höchsten Stand. Die verfügbaren Einkommen der abhängig Beschäftigten sind im gleichen Zeitraum nur um zehn Prozent gestiegen. Das hat natürlich zur Folge, daß heute mehr Menschen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Wenn durch Leistungsverbesserungen die Zahl der Sozialhilfeberechtigten ansteigt und die SPD dann vom sozialen Kahlschlag spricht, so ist das schon absurd.

1982 betrug der Regelsatz des Alleinstehenden/Haushaltsvorstandes 338 DM, 1990 in den alten Ländern noch 448 DM, im Juli 1992 war er bereits auf 508 DM gestiegen. Seit 1. Januar 1994 liegt er für den Haushaltsvorstand bei durchschnittlich 502 DM in den neuen und 519 DM in den alten Bundesländern.

Schwangere erhalten jetzt einen Mehrbedarfzuschlag von 20 Prozent des Regelsatzes schon ab dem 4. Schwangerschaftsmonat, nicht erst ab dem 6. Schwangerschaftsmonat.

Alleinerziehende erhalten einen Mehrbedarfzuschlag von 40 Prozent statt bisher 20 Prozent. Unterhaltsansprüche von Schwangeren und Alleinerziehenden gegen Verwandte sind seit Inkrafttreten des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes ausgeschlossen. Auch dies hat natürlich zu einem Anstieg der Sozialhilfeempfänger-Zahlen geführt.

■ Die Zunahme der Zahl von Sozialhilfeempfängern ist wesentlich auch auf die außerordentlich hohe Zuwanderung der letzten Jahre zurückzuführen. Allein von 1987 bis Ende 1993 sind 3,7 Mio. Menschen nach Deutschland zugewandert.

Tatsache ist: Nicht jeder Ausländer oder Aussiedler kann in Deutschland sofort in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Sozialhilfe ist deshalb das Instrument, das sie zunächst finanziell absichert. Daß so viele zusätzliche Menschen in

Deutschland vor großer Armut geschützt werden konnten, ist ein Erfolg unseres Sozialhilfesystems.

■ Ein Blick in die Statistik widerlegt auch SPD-Behauptungen, wonach Kinder das Armutsrisiko Nummer 1 seien.

Zum Jahresende 1992 bezogen knapp 870.000 Kinder und Jugendliche Sozialhilfe. Ein Drittel (rund 283.000) der Kinder und Jugendliche waren ausländischer Herkunft, wobei in dieser Gruppe eindeutig Asylbewerber überwiegen, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Zwischen 1985 und 1992 stieg in den alten Bundesländern die Zahl der ausländischen Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe von 57.763 auf 272.440. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der deutschen Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe von 411.585 auf 476.141 zu. Während die Zahl der ausländischen Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe im Zeitraum von 1985 bis 1992 um rund 400 Prozent gestiegen ist, ist die Zahl der deutschen Kinder und Jugendlichen in den alten Bundesländern lediglich um 16 Prozent gestiegen.

■ Falsch ist auch das Argument der SPD, immer mehr Familien müßten von Sozialhilfe leben. Nur 2,9 Prozent aller Familien in Deutschland waren Ende 1992 teilweise oder vollständig auf Sozial-

hilfe angewiesen (von den 13,6 Mio. Ehepaaren und Alleinerziehenden mit Kindern in ganz Deutschland bezogen Ende 1992 rund 394.500 Familien Sozialhilfe). Der Anteil der Familien an allen Haushalten innerhalb der Sozialhilfe lag 1985 in den alten Bundesländern bei 28 Prozent und 1992 bei 30 Prozent. Er blieb damit nahezu konstant. Ehepaare mit Kindern sind deutlich seltener auf Sozialhilfe angewiesen, als ihr Anteil an der Bevölkerung vermuten ließe. Während im Jahre 1992 Ehepaare mit Kindern knapp 31 Prozent aller Haushalte bildeten, waren diese bei den Sozialhilfehaushalten nur mit 11,5 Prozent vertreten.

Problematisch ist in der Tat die Situation der Alleinerziehenden. Diese Familien benötigen erheblich häufiger Sozialhilfe, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Obwohl Alleinerziehende nur 7,2 Prozent aller Haushalte ausmachen, trägt ihr Anteil an der Sozialhilfe nahezu 20 Prozent. Wesentlicher Grund dafür ist, daß viele Väter von nichtehelichen Kindern keinen oder zu wenig Unterhalt zahlen. Rund ein Drittel der Alleinerziehenden ist deshalb auf Sozialhilfe angewiesen. Mit dem neuen Unterhaltsvorschußgesetz, das am 1. Januar 1993 in Kraft getreten ist, hat die Bundesregierung gerade in diesem Bereich für erhebliche Verbesserungen gesorgt.

Im Osten: Jeder kann eine Lehrstelle finden

Das Handwerk geht davon aus, daß — bei allen immer noch bestehenden Problemen in den neuen Bundesländern — dort jeder Jugendliche, der dies wünscht, eine Lehrstelle im Handwerk finden wird. Das hat Handwerkspräsident Herbert Späth in der Kanzlerrunde unterstrichen. Das gelte um so mehr, als sich die Gemeinschaftsinitiative zur Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze

mit Sicherheit noch positiv auf die weitere Bereitstellung von Lehrstellen im Handwerk auswirken werde. Nach einer bei den Handwerkskammern in den neuen Bundesländern durchgeführten Umfrage vom 31. August seien durchweg mehr Lehrverträge abgeschlossen worden als im Vorjahr. Voraussichtlich würden es insgesamt 50.000 sein, gegenüber 42.300 im Vorjahr.

**CDU-Wahlspots zur
Bundestagswahl 1994**

Im öffentlich-rechtlichen Fernsehen

ARD

7.10.1994: 17.37 Uhr
11.10.1994: 21.45 Uhr
14.10.1994: 23.00 Uhr

ZDF

7.10.1994: 18.45 Uhr
8.10.1994: 22.00 Uhr
11.10.1994: 18.45 Uhr
14.10.1994: 22.15 Uhr

**In den privaten
Fernsehanstalten**

RTL

6.10.1994: 20.10 Uhr
8.10.1994: 21.55 Uhr
9.10.1994: 20.10 Uhr
10.10.1994: 18.42 Uhr
10.10.1994: 22.15 Uhr
12.10.1994: 22.10 Uhr
14.10.1994: 16.55 Uhr
14.10.1994: 20.10 Uhr

7.10.1994: 20.10 Uhr
8.10.1994: 19.26 Uhr
9.10.1994: 18.58 Uhr
9.10.1994: 22.08 Uhr
10.10.1994: 19.45 Uhr
10.10.1994: 22.05 Uhr
11.10.1994: 21.14 Uhr
11.10.1994: 22.15 Uhr
12.10.1994: 19.45 Uhr
13.10.1994: 20.11 Uhr
13.10.1994: 21.15 Uhr
14.10.1994: 19.45 Uhr
14.10.1994: 22.14 Uhr
14.10.1994: 23.00 Uhr
15.10.1994: 20.12 Uhr

PRO 7

6.10.1994: 22.43 Uhr
7.10.1994: 19.57 Uhr
8.10.1994: 21.27 Uhr
8.10.1994: 22.41 Uhr
9.10.1994: 21.27 Uhr
10.10.1994: 19.59 Uhr
10.10.1994: 22.36 Uhr
11.10.1994: 20.54 Uhr
12.10.1994: 21.04 Uhr
13.10.1994: 19.57 Uhr
13.10.1994: 22.44 Uhr
14.10.1994: 19.57 Uhr
14.10.1994: 21.50 Uhr

Kabelfernsehen

6.10.1994: 17.35 Uhr
6.10.1994: 22.14 Uhr
7.10.1994: 16.01 Uhr
7.10.1994: 21.58 Uhr
8.10.1994: 20.14 Uhr
8.10.1994: 21.53 Uhr
9.10.1994: 20.14 Uhr
10.10.1994: 17.35 Uhr
10.10.1994: 18.34 Uhr
10.10.1994: 22.15 Uhr
11.10.1994: 19.18 Uhr
11.10.1994: 20.13 Uhr

SAT 1

6.10.1994: 19.45 Uhr
6.10.1994: 21.15 Uhr

11.10.1994: 22.09 Uhr
12.10.1994: 17.35 Uhr
12.10.1994: 19.20 Uhr
12.10.1994: 22.14 Uhr
13.10.1994: 15.58 Uhr
13.10.1994: 19.19 Uhr
13.10.1994: 22.15 Uhr
14.10.1994: 17.35 Uhr
14.10.1994: 18.10 Uhr
14.10.1994: 20.14 Uhr

RTL 2

6.10.1994: 22.03 Uhr
7.10.1994: 18.21 Uhr
8.10.1994: 20.13 Uhr
8.10.1994: 21.59 Uhr
9.10.1994: 18.56 Uhr
10.10.1994: 21.14 Uhr
11.10.1994: 20.13 Uhr
11.10.1994: 22.16 Uhr
12.10.1994: 20.13 Uhr
13.10.1994: 20.13 Uhr
13.10.1994: 22.03 Uhr
14.10.1994: 20.13 Uhr
14.10.1994: 21.50 Uhr

DSF

6.10.1994: 20.00 Uhr
7.10.1994: 23.00 Uhr
8.10.1994: 23.45 Uhr
9.10.1994: 23.00 Uhr
10.10.1994: 20.08 Uhr
11.10.1994: 23.00 Uhr
12.10.1994: 23.00 Uhr
13.10.1994: 20.00 Uhr
14.10.1994: 23.00 Uhr
15.10.1994: 23.00 Uhr

N-TV

6.10.1994: 16.29 Uhr
6.10.1994: 16.59 Uhr
6.10.1994: 18.29 Uhr
6.10.1994: 18.59 Uhr
6.10.1994: 19.59 Uhr
6.10.1994: 20.29 Uhr
6.10.1994: 20.59 Uhr
7.10.1994: 16.29 Uhr
7.10.1994: 17.59 Uhr
7.10.1994: 18.29 Uhr

7.10.1994: 18.59 Uhr
7.10.1994: 19.29 Uhr
7.10.1994: 20.29 Uhr
8.10.1994: 17.59 Uhr
8.10.1994: 18.29 Uhr
8.10.1994: 19.59 Uhr
8.10.1994: 20.29 Uhr
8.10.1994: 20.59 Uhr
9.10.1994: 17.29 Uhr
9.10.1994: 18.59 Uhr
9.10.1994: 19.59 Uhr
9.10.1994: 22.59 Uhr
10.10.1994: 16.59 Uhr
10.10.1994: 17.59 Uhr
10.10.1994: 18.29 Uhr
10.10.1994: 19.59 Uhr
10.10.1994: 20.29 Uhr
10.10.1994: 22.29 Uhr
11.10.1994: 16.29 Uhr
11.10.1994: 17.29 Uhr
11.10.1994: 18.59 Uhr
11.10.1994: 20.59 Uhr
11.10.1994: 21.59 Uhr
12.10.1994: 16.29 Uhr
12.10.1994: 17.29 Uhr
12.10.1994: 18.29 Uhr
12.10.1994: 19.59 Uhr
12.10.1994: 22.59 Uhr
13.10.1994: 16.29 Uhr
13.10.1994: 16.59 Uhr
13.10.1994: 17.59 Uhr
13.10.1994: 18.29 Uhr
13.10.1994: 19.59 Uhr
13.10.1994: 22.29 Uhr
14.10.1994: 16.29 Uhr
14.10.1994: 17.29 Uhr
14.10.1994: 17.59 Uhr
14.10.1994: 18.29 Uhr
14.10.1994: 19.29 Uhr
14.10.1994: 19.59 Uhr
14.10.1994: 20.29 Uhr
14.10.1994: 21.29 Uhr

**IA Berlin/
Brandenburg**

6.10.1994: 18.00 Uhr
8.10.1994: 18.00 Uhr
9.10.1994: 18.00 Uhr
10.10.1994: 18.00 Uhr
12.10.1994: 18.00 Uhr
13.10.1994: 18.00 Uhr

Nützliche Materialien für Ihren Canvassing-Stand

0924:	CDU-Pavillon mit Seitenteil	1 St.	239,— DM
0451:	Canvassing-Stand , umweltfreundlich aus recycelten Getränkeverpackungen (Der „Grüne Punkt“), Tischplatte: ca. 70 cm x 120 cm, Höhe: ca. 80 cm	1 St.	182,— DM
0546:	Aufkleber für den Canvassingstand , Sicher in die Zukunft, 10 St. 37,— DM, Größe: 78 cm x 42 cm	10 St.	37,— DM
0458:	CDU-Sonnenschirm ohne Fuß, aus knitterfreiem und schmutzabweisendem Polyestergewebe, incl. Wetzerschutzhülle und verlängertem Unterstock. Durchmesser: 180 cm	1 St.	75,— DM
9588:	Bleistift mit Euro-Logo	100 St.	27,— DM
9849:	Computerspiel „Kennste Deutschland?“ (3,5 Diskette)	10 Expl.	25,— DM
9903:	Computerdiskette „Datenbank Politik“	5 Expl.	18,50 DM
9890:	Eiskratzer	100 St.	69,— DM
19542:	Europa-Straßenkarte , Aktionspreis	100 St.	100,— DM
9250:	Farbstifte naturbelassen 6fach sortiert	10er Set	17,50 DM
9506:	Feuerzeug ,	25 St.	23,75 DM
9430:	Kugelschreiber , mit 75 % weniger Kunststoff, Gehäuse aus ungebleichtem Altpapier	50 St.	35,— DM
9304:	Luftballons , bunt sortiert	1.000 St.	110,— DM
9305:	Luftballondrahtstäbe	500 St.	21,50 DM
9609:	Schnellverschluss incl. Halte-Schnur für Luftballons mit Gasfüllung	100 St.	8,90 DM
9407:	Nähetui mit Heftpflaster	50 St.	21,— DM
9813:	Notizblock	200 St.	48,— DM
9513:	Papierfähnchen mit umweltfreundlichen Kartonstäbchen	1 000 St.	107,— DM
9814:	Parkscheibe : Freie Fahrt für Europa	100 St.	56,— DM
9933:	Plastikball	10 St.	27,50 DM
9962:	Postkarte „Auf in die Zukunft — aber nicht auf roten Socken“	100 St.	9,90 DM
9558:	Reflektor-Bärchen (1 Set = 25 St.)	1 Set	34,90 DM
9261:	Romme-/Canasta-Spielkarten	5 St.	22,— DM
9362:	Schal , schwarz-rot-gold	5 St.	47,25 DM
9961:	Schlüsselanhänger , bunt sortiert, „Sicher in die Zukunft“	40 St.	42,— DM
9540:	Skatspiel	50 St.	50,— DM
9258:	Stundenplan	250 St.	20,— DM

WÄHLEN GEHEN!

WÄHLEN GEHEN!

**16. Oktober 1994
Deutschland zuliebe!**

**Damit es
weiter
aufwärts
geht**

Beide Stimmen

CDU ~~X~~ ~~X~~ ~~X~~ ~~X~~

**Die Mitbürgerinnen
und Mitbürger,**

**am 16. Oktober 1994
entscheidenden Wei-
ngen. Wir bitten Sie
in großem Nachdruck:
auf jeden Fall zur Wahl!**
damit die demokrati-
sche und verhindern zu-
extreme Positionen von
rechts politisch Gewicht
Die Bundesrepublik
braucht handlungs-
mentarische
Dazu tragen Sie mit
bei!

gehen Sie zur Wahl!

**gehen Sie CDU,
beiden Stimmen!**

Türanhänger mit Wahlaufruf

Mit diesem Türanhänger können Sie am Wahltag die letzten Unentschlossenen noch einmal an die Bundestagswahl erinnern. Planen Sie deshalb jetzt Ihre Türanhänger-Aktion, damit am Wahltag genügend Anhänger und motivierte Helfer zur Verfügung stehen.

Bestell-Nr.: 1987

Verpackungseinheit:
250 Expl.

Preis je 250 Expl.:
22,— DM

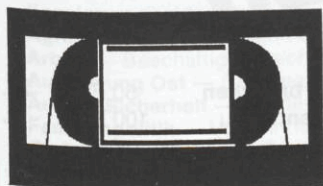


Erkennungszei- chen als „Pin“

Bestell-Nr.: 9041

Verpackungseinheit:
25 Expl.

Preis je 25 Expl.:
24,50 DM



VHS-Video

„Die Fernsehspots der CDU zur Bundes-
tagwahl 1994“

Bestell-Nr.: 9028

Verpackungseinheit: 1 Cassette

Preis je Expl.: 15 DM

Achtung

Wenn Sie noch Material für das letzte Wochenende vor der Wahl benötigen, muß Ihre Bestellung bis zum 11. 10. in unserem Versandzentrum Fax: (05423) 4 15 21, 54 69, 4 28 20 vorliegen. Nur so können wir Ihnen die Auslieferung bis zum 14. 10. garantieren.



Broschüren

5016:	Familien, was sie leisten, wie sie leben, was sie brauchen	50 Expl.	24,— DM
5034:	Mit der CDU gibt es keine leeren Versprechungen, Doku 31/94	100 Expl.	8,— DM
5989:	Programm von CDU/ CSU zur Bundestagswahl, Broschüre	25 Expl.	20,— DM
5978:	Sicher in die Zukunft — Bilanz erfolgreicher Regierungsarbeit	25 Expl.	20,— DM
5979:	Zukunft für die deutsche Landwirtschaft	25 Expl.	22,50 DM
5916:	Aufschwung Ost. Eine Bilanz nach vier Jahren Aufbauarbeit in den neuen Bundesländern	25 Expl.	22,50 DM
5956:	Zukunft statt Linksfront	25 Expl.	21,— DM
4994:	Leitfaden für den Bundestagswahlkampf	5 Expl.	9,— DM
4977:	Argumente für Wahlkämpfer — (Handbuch der politischen Argumentation) Falblätter	5 Expl.	12,50 DM



Aktuelle Faltblätter zur

Bundestagswahl

2982:	Kanzlerprospekt	500 St.	35,— DM
2971:	Agrarpolitik — Die Zukunft der Landwirtschaft sichern	100 St.	20,— DM
2967:	Arbeit — Beschäftigung sichern — Arbeitsplätze schaffen	100 St.	20,— DM
2973:	Aufschwung Ost — Der Weg zum modernen Standort	100 St.	20,— DM
2970:	Äußere Sicherheit — Frieden und Sicherheit für Deutschland	100 St.	20,— DM
2969:	Familienpolitik — Vorfahrt für Familien	100 St.	20,— DM
2974:	Gleichberechtigung — Gemeinsam geht's besser	100 St.	20,— DM
2975:	Innere Sicherheit — Kriminalität entschlossen bekämpfen	100 St.	20,— DM
2964:	Jugend — Wir schaffen Zukunft für junge Menschen	100 St.	20,— DM
2972:	Senioren — Sicher und zufrieden im Alter	100 St.	20,— DM
2965:	Soziale Sicherheit — Wir sichern den Sozialstaat	100 St.	20,— DM
2966:	Standort Deutschland — Chancen nutzen Zukunft gestalten	100 St.	20,— DM
2968:	Umwelt — Natürliche Lebensgrundlagen bewahren	100 St.	20,— DM
2923:	Sport im vereinten Deutschland	100 St.	19,— DM
2217:	Was sagt die CDU zum Thema: Drogen	50 St.	15,— DM
2837:	Informationen für Deutsche aus Ost-Europa	100 St.	19,— DM
2014:	Comic-Heft aus der Steinzeit: „archäologische Sensation“	100 St.	32,— DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Unser Kanzler



Kanzler
des Aufschwungs

Kanzler
des Vertrauens

Kanzler
für Deutschland

Aufschwungs



Der Aufschwung kommt wieder.
Wir müssen ihn sichern. Gemeinsam. Mit moderner Technologie.
Mit wettbewerbsfähigen Investitionen und neuen
Investitionsideen. Mit unserem Fleiß, mit
Ideen, unserer

Gesellschaft. Mit
dem Durchsetzungsvermögen.
Wir können das
schaffen. Wir
können das
durchsetzen.

Die Konkurrenz
wird nicht
übersehen.
Deshalb
müssen wir
immerhin
aufpassen.

Wir müssen
aufpassen.
Wir müssen
aufpassen.

Wir müssen
aufpassen.
Wir müssen
aufpassen.

Wir müssen
aufpassen.
Wir müssen
aufpassen.

Kanzler-Prospekt

Dieser Prospekt ist in diesen Tagen in allen Fernsehzeitungen als Beihefter enthalten. Zusätzlich kann jeder CDU-Kreisverband bis zu 10000 Exemplare als kostenlose Grundausrüstung

über die CDU-Bundesgeschäftsstelle beziehen. Die Bestellscheine sind allen Kreisverbänden zugesandt worden.

Bestell-Nr. 2982

Verpackungseinheit: 500 Expl.

Preis je 500 Expl.: 35,— DM

UID

32/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 5307 - 189, **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.